

Datum: AntragstellerIn: SachbearbeiterIn: Telefon: Telefax: E-Mail:	27.01.2011 Herr Strobel, Peter Herr Conradt, Uwe Herr Batz, Christian (0681) 905-1318 (0681) 905-1592 christian.batz@saarbruecken.de	CDU/0137/11
Beratungsfolge und Sitzungstermine		
Gremium	Sitzungsdatum	Status
Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	08.02.2011	öffentlich
Betreff: Änderungen zum Haushalt 2011		
Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt die nachfolgenden Änderungen zum Haushalt 2011:		

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Peter Strobel
– Fraktionsvorsitzender –



Uwe Conradt
– Finanzpolitischer Sprecher –

Anlagen:

Änderungsliste der CDU-Fraktion zum Haushalt 2011

Änderungsliste der CDU-Fraktion zum Haushalt 2011

Nr.	Finanzposition	Maßnahme	Ansatz	Begründung
1	1.51.130.0200	Fortschreibung Einzelhandelsgutachten	20 T€	Durch die veränderte Einzelhandelssituation nach Eröffnung der Europa-Galerie ist die Fortschreibung erforderlich und dient als Grundlage für die weitere Stärkung des Einzelhandelsstandorts Saarbrücken
2	1.51.150.0200	<i>Gutachten zur Optimierung innerstädtischer Verkehrsbrennpunkte</i>	40 T€	<i>Ziel des Gutachtens ist die Steigerung des Verkehrsflusses und der Vermeidung täglicher Staus.</i>
3	1.21.010 / v.a. 5521100	NEU: Sachmittelsonderprogramm 2011 an Grundschulen	100 T€	Die Sachmittelausstattung an den Grundschulen ist teilweise zu gering, insbesondere fehlen immer noch Internet- und Intranetanschlüsse, sowie ausreichend Lernsoftware.
4	1.11.200 neu	Vergabe eines Gutachtens zu den Finanzbeziehungen und der Aufgabenverteilung zwischen LHS, Land und RV	50 T€ (50 T€ sollen durch RV und Land finanziert werden)	Siehe gesonderter Antrag der CDU.
5	1.35.100 neu	Windelbonus	300 T€	Die durch Rot-Rot-Grün vorgesehene Zuschussung ist bei weitem nicht kostendeckend für die Familien und betroffenen Erwachsenen. Das Verfahren ist so zu wählen, dass es einer rechtlichen Überprüfung standhält und möglichst unbürokratisch ist. Außerdem soll die Schaffung von alternativen Entsorgungsmöglichkeiten (z.B. für Tagesmütter etc.) sichergestellt werden. Der überwiegende Teil der Mittelerhöhung dient der Erhöhung der pauschalen Zuweisung an die Familien mit Kleinkindern und an die betroffenen Erwachsenen.
6	1.51.150 neu	„Leih dir ein Rad“ – Einführung eines privat betriebenen Fahrradleihsystems	100 T€	Einführung Fahrrad-Verleihsystem. Der Betrieb soll privatwirtschaftlich organisiert und finanziert werden. Zuschusst werden sollen einmalig die Einrichtungskosten von mind. 4 Stationen und die Vorhaltung von mindestens 200 Fahrrädern. Die Bewerber müssen eine Betriebsgarantie für mindestens 5 Jahre nachweisen können. Die Auswahl erfolgt nach einer öffentlichen Ausschreibung der Leistung.
7	1.55.100.0110	Erweiterung des Kinderspielplatz „Staden“ u. Modernisierung von 5 Kinderspielplätze zu je 10 T€ in der Stadt	150 T€	Der sehr beliebte Kinderspielplatz am Staden bedarf einer Erweiterung, da er an vielen Tagen nicht ausreichend Fläche für die Kinder vorhält. Außerdem soll durch weitere neue Attraktionen die Attraktivität gesteigert werden. Darüber hinaus sollen auch

Nr.	Finanzposition	Maßnahme	Ansatz	Begründung
				andere öffentliche Kinderspielplätze zusätzlich eine Aufwertung erfahren.
8	5421009509	Zuschüsse an Sportvereine für Investitionen	+50 T€ (auf 110 T€)	Die Erhöhung des Zuschusses ist aufgrund der dringenden Notwendigkeit von Sanierung erforderlich.
9	5.42.100.9509.120111	Zuschüsse an Sportvereine für Investitionen	+150 T€	Umbau eines Tennensplatzes. Die städtische Prioritätenliste ist weiter abzuarbeiten.
10	1.31.500.0100	NEU: Zuschuss Familienpass	150 T€	Umsetzung Beschluss FRA 0764/09 Einführung eines Familienpasses Da sich unser Gemeinwesen immer mehr zur teuren Angelegenheit entwickelt, in der gesellschaftliche Teilhabe enger denn je mit dem finanziellen Leistungsvermögen verbunden ist, wird mit steigender Kinderzahl auch schon für die kleinen Dinge das Geld oft immer knapper. Wer über wenig Einkommen verfügt, konzentriert sich auf das Notwendigste. Besonders Familien brauchen Hilfe, die ihnen den Alltag ein Stück leichter macht. Unser Ziel ist es deshalb, konkrete Hilfe anzubieten. Dabei geht es um die Anerkennung der Leistungen von Familien für die Gesellschaft. Deshalb hat der Stadtrat die Einführung des Familienpasses beschlossen. Der große Vorteil des Familienpasses gegenüber dem Sozialpass besteht darin, dass soziale Leistungen in Anspruch genommen werden können, ohne dass gleich die persönliche Situation dargelegt werden muss. Der Grundgedanke des Passes ist nicht die finanzielle Entlastung, sondern das „Gemeinschaftserlebnis“ Familie; d.h. gemeinsame Erlebnisse und Aktivitäten in Familien sollen besonders gefördert werden. Der Familienpass soll in Form einer Guthabekarte ausgegeben werden. Ein Guthaben von ca. 30 Euro jährlich pro Kind, das für bestimmte Angebote verwendet werden kann. Der Betrag ist auf einem elektronischen Chip gespeichert und wird mit Leseterminals der Akzeptanzstellen (z. B. Zoo, Schwimmbäder, Musikschule, Stadtbibliothek) abgebucht.
11	1.31.500.0100	Entfall: Zuschuss Sozialpass	- 200 T€	Zur Finanzierung der Umsetzung des FRA/0764/09 soll die Einführung des Sozialpasses aufgegeben werden. Es entfallen die für 2010 und 2011 vorgesehenen Mittel von je 100 T€.
12	5593000	Pauschale Kürzung der Ansätze für Repräsentation	-57,4 T€	Im HH 2010 ist eine Steigerung der Repräsentationen um 57,4 T€ bzw. 38,85 % von 147.730,00 auf 205.130,00 (+57,4 T€) vor-

Nr.	Finanzposition	Maßnahme	Ansatz	Begründung
				gesehen. In Zeiten knapper Kassen sind Mittel für Repräsentationen nicht zu erhöhen.
13	1.33.100 / 5318000	Zuschüsse für Prävention Spielsucht	33,5 T€	Zuschuss an die Caritas zur Durchführung einer psychosozialen Beratungsstelle für Suchtkranke im Glücksspielwesen
14	1.61.100 / 4031000	Erhöhung Vergnügungssteuer	-950 T€ auf 1,9 Mio. €	<p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt fordert den Saarländischen Landtag auf, das Vergnügungssteuergesetz wie folgt zu ändern: Fassung des § 14 Steuer nach festen Sätzen im saarländischen Vergnügungssteuergesetz wie folgt:</p> <p>(2) Der höchstzulässige Steuersatz beträgt für jeden angefangenen Betriebsmonat (Kalendermonat)</p> <p>1. für Musikapparate 30,00 Euro</p> <p>2. in den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. a</p> <p>Für Apparate mit Gewinnmöglichkeit 300,00 Euro und für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit 35,00 Euro</p> <p>3. in den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. B</p> <p>für Apparate mit Gewinnmöglichkeit 35,00 Euro und für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit 20,00 Euro.</p> <p>Änderung der Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer in der LHS:</p> <p>Der Steuersatz für die Pauschalsteuer nach § 2 Abs. 1 Nr. 6 VgnStG für das Halten von Apparaten beträgt für jeden angefangenen Betriebsmonat (Kalendermonat):</p> <p>1. In den Fällen des § 2 Absatz 1 Nr. 6 Buchstabe a des Vergnügungssteuergesetzes:</p> <p>a) für Musikapparate (§ 14 Abs. 2 Nr. 1 VgnStG) 30,00 € statt 20,00 €</p> <p>b) für Apparate mit Gewinnmöglichkeit (§ 14 Abs. 2 Nr. 2 VgnStG) 300,00 € statt 138,00 €</p> <p>c) für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit (§ 14 Abs. 2 Nr. 2 VgnStG) 35,00 € statt 30,50 €</p>
15	Personalkosten	Änderungen Personalhaushalt/ Stellenplan und Sachkosten	-406 T€	Einsparungen Fahrradbeauftragter, Anbringen kw-Vermerke etc. Separate Auflistung

Nr.	Finanzposition	Maßnahme	Ansatz	Begründung
16	5.55.100.7042.210100	Turnplatz Bischmisheim	+110 T€	Wiedereinstellung des früheren Gesamtansatzes
17	5.11.130.0010.290100	Ankauf Grundstücke Pauschale	-300 T€	Der Ansatz "Ankauf von Grundstücken" ist zu hoch, wie die Betrachtung der in 2009 und 2010 verausgabten Mittel zeigt (2009: 504.000 €; 2010: 637.000 €).
18	5.55.100.7041	Brandenburger Platz	+50 T€	Mit der Mittelerrhöhung soll die geplante behindertengerechte Wegeverbindung vom Altenheim/Kirchengelände zum EKZ am Brandenburgerplatz vorangetrieben werden, die lt. Verwaltung sonst erst nach 2014 begonnen werden könnte. Die Gesamtmaßnahme ist vorzuziehen.
19	5.55.100.4251.210100	Fuß-/Radweg Ostbahnhof/Scheidter Straße	+100 T€	Der zweite Bauabschnitt vom Ostbahnhof her bis Max-Braun-Straße soll ohne Verzögerung komplett vollendet werden können.
20	Neu	Pilotprojekt Graffiti-Entfernung	+150 T€	Dieser Betrag soll in 2011 für ein Pilotprojekt „Graffiti-Entfernung“ eingestellt werden. Mit einem privaten Malerbetrieb (Ausschreibung) soll eine Vereinbarung der Gestalt getroffen werden, dass dieses Unternehmen auf Anweisung der Stadt Graffiti-Schmierereien unmittelbar mittels Farbüberzug beseitigt. Damit können zumindest an allen öffentlichen städtischen Gebäuden, an Mauern, Brücken, etc. – wem auch immer diese gehören – schnell Schmierereien beseitigt werden.
21	1.33.100 / 5318001	Zuschuss ZAM	+9 T€	Zuschuss für Projekt „SeniorenArbeitsMalstatt“ der ZAM
22	Neu/Wiedereinstellung	Verkehrsführung An der Herringsmühle/Provinzialstraße in Fechingen		Maßnahme soll ab 2012 umgesetzt werden, die derzeitige Lösung ist nicht zielführend. Die immer noch bestehenden Verkehrsprobleme müssen gelöst werden.
23	Neu	Befestigung Kirmesplatz Schafbrücke	+20 T€	Planungsmittel. Wie vorgesehen, soll nach der Fertigstellung des Sportplatzes der Kirmesplatz erneuert werden. Ausführung ab 2012
24	1.51.110.0600	Verbindliche Bauleitplanung	+10 T€	Ansatzerrhöhung für Fortführung des BBP-Verfahrens „Mummelwies“ in Gersweiler
25	1.35.100 / 5318000	Zuschuss GABB	+2,8 T€	Anpassung an aktuelle Kosten
26	5.55.100.7038.210100	Grüne Ortsmitte Klarenthal		2012: + 230 T€ (Anpassung an Anmeldung Bezirksrat West)
27	1.33.100 / 5318000	Zuschuss Selbsthilfeeinrichtungen	+9,6 T€	Anpassung an erhöhtes Antragsvolumen
	Einsparvolumen		308,5 T€	

Änderungsliste der CDU-Fraktion zum Personalhaushalt/Stellenplan 2011

Anlage 1.3 (VWT/0088/11):

Seite 2: Planstellen-Nr. 61.0.61000.0030.1: Kw-Vermerk bleibt. Stattdessen soll eine derin den nächsten Jahren freiwerdenden Stellen der Wertigkeit E12 verwendet werden. Der kw-Vermerk war bereits Bestandteil früherer Haushaltsgenehmigungen.

Einsparung wird mittelfristig wirksam.

Seite 3: Planstellen-Nr. 61.0.61000.0005.1: Kw-Vermerk statt ku-Vermerk

Einsparung ab 2012 (laut KGSt): 38.000 € Personalkosten + 5.000 € Sachkosten

Anlage 1.4:

Seite 1: Stelle Fahrradbeauftragter: Wegfall

Einsparung ab 2011 (laut KGSt): 74.000 € Personalkosten + 10.000 € Sachkosten

Seite 1: StA 39, E 13 kw: Wegfall. Durch den Weggang eines Mitarbeiters aus dem StA 39 wird eine Stelle der Wertigkeit E 13 frei, Neuschaffung daher nicht erforderlich.

Einsparung ab 2011 (laut KGSt): 68.000 € Personalkosten + 10.000 € Sachkosten

Seite 1: Res., 2 Stellen E 8: Wegfall. Die Mitarbeiter sollen bis zum Freiwerden von Stellen der Wertigkeit E 8 befristet beschäftigt werden.

Einsparung ab 2011 (laut KGSt): 2 x 44.000 € = 88.000 € Personalkosten

Seite 1: NKRW, 4 Stellen E 5: Wegfall. Die Mitarbeiter sollen bis zum Freiwerden von Stellen der Wertigkeit E 5 weiter befristet beschäftigt werden.

Einsparung ab 2011 (laut KGSt): 4 x 39.000 € = 156.000 € Personalkosten

Anlage 2.1:

Seite 1: BvD, Planstellen-Nr. 91.0.40003.0002.1: Keinen kw-Vermerk anbringen.

Keine Schwächung der Bezirksverwaltung Dudweiler.

Finanzielle Auswirkung erst mittelfristig.

Stellenplan 2011:

Dezernat III

Planstellen-Nr. 03.0.00010.0002.1 (Beigeordneter, B 3): Anbringen eines kw-Vermerks
Laut Gutachten von Rödl & Partner können Dezernate eingespart werden. Nach dem Ausscheiden des Amtsinhabers soll daher die Stelle nicht mehr besetzt werden und das Dezernat aufgelöst werden.

Einsparung mittelfristig (laut KGSt): 121.000 € Personalkosten + 10.000 € Sachkosten

Planstellen-Nr. 03.0.00010.0047.1 (Dezernatssekretärin, E 9): kw-Vermerk

Einsparung mittelfristig (laut KGSt): 51.000 € Personalkosten + 10.000 € Sachkosten

Einsparung	2011	2012	2013	folgende Jahre
Personalkosten	386 T€	424 T€	484 T€	596 T€
Sachkosten	20 T€	25 T€	30 T€	45 T€
Summe	406 T€	449 T€	514 T€	641 T€

Änderungsliste der CDU-Fraktion zum Haushalt 2011

Nr.	Finanzposition	Maßnahme	Ansatz	Begründung
1	1.51.130.0200	Fortschreibung Einzelhandelsgutachten	20 T€	Durch die veränderte Einzelhandelssituation nach Eröffnung der Europa-Galerie ist die Fortschreibung erforderlich und dient als Grundlage für die weitere Stärkung des Einzelhandelsstandorts Saarbrücken
2	1.51.150.0200	Gutachten zur Optimierung innerstädtischer Verkehrsbrennpunkte	40 T€	Ziel des Gutachtens ist die Steigerung des Verkehrsflusses und der Vermeidung täglicher Staus.
3	1.21.010 / v.a. 5521100	NEU: Sachmittelsonderprogramm 2011 an Grundschulen	100 T€	Die Sachmittelausstattung an den Grundschulen ist teilweise zu gering, insbesondere fehlen immer noch Internet- und Intranetanschlüsse, sowie ausreichend Lernsoftware.
4	1.11.200 neu	Vergabe eines Gutachtens zu den Finanzbeziehungen und der Aufgabenverteilung zwischen LHS, Land und RV	50 T€ (50 T€ sollen durch RV und Land finanziert werden)	Siehe gesonderter Antrag der CDU.
5	1.35.100 neu	Windelbonus	300 T€	Die durch Rot-Rot-Grün vorgesehene Zuschussung ist bei weitem nicht kostendeckend für die Familien und betroffenen Erwachsenen. Das Verfahren ist so zu wählen, dass es einer rechtlichen Überprüfung standhält und möglichst unbürokratisch ist. Außerdem soll die Schaffung von alternativen Entsorgungsmöglichkeiten (z.B. für Tagesmütter etc.) sichergestellt werden. Der überwiegende Teil der Mittelerhöhung dient der Erhöhung der pauschalen Zuweisung an die Familien mit Kleinkindern und an die betroffenen Erwachsenen.
6	1.51.150 neu	„Leih dir ein Rad“ – Einführung eines privat betriebenen Fahrradleihsystems	100 T€	Einführung Fahrrad-Verleihsystem. Der Betrieb soll privatwirtschaftlich organisiert und finanziert werden. Zuschusst werden sollen einmalig die Einrichtungskosten von mind. 4 Stationen und die Vorhaltung von mindestens 200 Fahrrädern. Die Bewerber müssen eine Betriebsgarantie für mindestens 5 Jahre nachweisen können. Die Auswahl erfolgt nach einer öffentlichen Ausschreibung der Leistung.
7	1.55.100.0110	Erweiterung des Kinderspielplatz „Staden“ u. Modernisierung von 5 Kinderspielplätzen zu je 10 T€ in der Stadt	150 T€	Der sehr beliebte Kinderspielplatz am Staden bedarf einer Erweiterung, da er an vielen Tagen nicht ausreichend Fläche für die Kinder vorhält. Außerdem soll durch weitere neue Attraktionen die Attraktivität gesteigert werden. Darüber hinaus sollen auch

Nr.	Finanzposition	Maßnahme	Ansatz	Begründung
				andere öffentliche Kinderspielplätze zusätzlich eine Aufwertung erfahren.
8	5421009509	Zuschüsse an Sportvereine für Investitionen	+50 T€ (auf 110 T€)	Die Erhöhung des Zuschusses ist aufgrund der dringenden Notwendigkeit von Sanierung erforderlich.
9	5.42.100.9509.120111	Zuschüsse an Sportvereine für Investitionen	+150 T€	Umbau eines Tennensplatzes. Die städtische Prioritätenliste ist weiter abzuarbeiten.
10	1.31.500.0100	NEU: Zuschuss Familienpass	150 T€	Umsetzung Beschluss FRA 0764/09 Einführung eines Familienpasses Da sich unser Gemeinwesen immer mehr zur teuren Angelegenheit entwickelt, in der gesellschaftliche Teilhabe enger denn je mit dem finanziellen Leistungsvermögen verbunden ist, wird mit steigender Kinderzahl auch schon für die kleinen Dinge das Geld oft immer knapper. Wer über wenig Einkommen verfügt, konzentriert sich auf das Notwendigste. Besonders Familien brauchen Hilfe, die ihnen den Alltag ein Stück leichter macht. Unser Ziel ist es deshalb, konkrete Hilfe anzubieten. Dabei geht es um die Anerkennung der Leistungen von Familien für die Gesellschaft. Deshalb hat der Stadtrat die Einführung des Familienpasses beschlossen. Der große Vorteil des Familienpasses gegenüber dem Sozialpass besteht darin, dass soziale Leistungen in Anspruch genommen werden können, ohne dass gleich die persönliche Situation dargelegt werden muss. Der Grundgedanke des Passes ist nicht die finanzielle Entlastung, sondern das „Gemeinschaftserlebnis“ Familie; d.h. gemeinsame Erlebnisse und Aktivitäten in Familien sollen besonders gefördert werden. Der Familienpass soll in Form einer Guthabekarte ausgegeben werden. Ein Guthaben von ca. 30 Euro jährlich pro Kind, das für bestimmte Angebote verwendet werden kann. Der Betrag ist auf einem elektronischen Chip gespeichert und wird mit Leseterminals der Akzeptanzstellen (z. B. Zoo, Schwimmbäder, Musikschule, Stadtbibliothek) abgebucht.
11	1.31.500.0100	Entfall: Zuschuss Sozialpass	- 200 T€	Zur Finanzierung der Umsetzung des FRA/0764/09 soll die Einführung des Sozialpasses aufgegeben werden. Es entfallen die für 2010 und 2011 vorgesehenen Mittel von je 100 T€.
12	5593000	Pauschale Kürzung der Ansätze für Repräsentation	-57,4 T€	Im HH 2010 ist eine Steigerung der Repräsentationen um 57,4 T€ bzw. 38,85 % von 147.730,00 auf 205.130,00 (+57,4 T€) vor-

Nr.	Finanzposition	Maßnahme	Ansatz	Begründung
				gesehen. In Zeiten knapper Kassen sind Mittel für Repräsentationen nicht zu erhöhen.
13	1.33.100 / 5318000	Zuschüsse für Prävention Spielsucht	33,5 T€	Zuschuss an die Caritas zur Durchführung einer psychosozialen Beratungsstelle für Suchtkranke im Glücksspielwesen
14	1.61.100 / 4031000	Erhöhung Vergnügungssteuer	-950 T€ auf 1,9 Mio. €	<p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt fordert den Saarländischen Landtag auf, das Vergnügungssteuergesetz wie folgt zu ändern: Fassung des § 14 Steuer nach festen Sätzen im saarländischen Vergnügungssteuergesetz wie folgt:</p> <p>(2) Der höchstzulässige Steuersatz beträgt für jeden angefangenen Betriebsmonat (Kalendermonat)</p> <p>1. für Musikapparate 30,00 Euro</p> <p>2. in den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. a</p> <p>Für Apparate mit Gewinnmöglichkeit 300,00 Euro</p> <p>und für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit 35,00 Euro</p> <p>3. in den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. B</p> <p>für Apparate mit Gewinnmöglichkeit 35,00 Euro</p> <p>und für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit 20,00 Euro.</p> <p>Änderung der Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer in der LHS:</p> <p>Der Steuersatz für die Pauschalsteuer nach § 2 Abs. 1 Nr. 6 VgnStG für das Halten von Apparaten beträgt für jeden angefangenen Betriebsmonat (Kalendermonat):</p> <p>1. In den Fällen des § 2 Absatz 1 Nr. 6 Buchstabe a des Vergnügungssteuergesetzes:</p> <p>a) für Musikapparate (§ 14 Abs. 2 Nr. 1 VgnStG) 30,00 € statt 20,00 €</p> <p>b) für Apparate mit Gewinnmöglichkeit (§ 14 Abs. 2 Nr. 2 VgnStG) 300,00 € statt 138,00 €</p> <p>c) für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit (§ 14 Abs. 2 Nr. 2 VgnStG) 35,00 € statt 30,50 €</p>
15	Personalkosten	Änderungen Personalhaushalt/ Stellenplan und Sachkosten	-406 T€	Einsparungen Fahrradbeauftragter, Anbringen kw-Vermerke etc. Separate Auflistung

Nr.	Finanzposition	Maßnahme	Ansatz	Begründung
16	5.55.100.7042.210100	Turnplatz Bischmisheim	+110 T€	Wiedereinstellung des früheren Gesamtansatzes
17	5.11.130.0010.290100	Ankauf Grundstücke Pauschale	-300 T€	Der Ansatz "Ankauf von Grundstücken" ist zu hoch, wie die Betrachtung der in 2009 und 2010 verausgabten Mittel zeigt (2009: 504.000 €; 2010: 637.000 €).
18	5.55.100.7041	Brandenburger Platz	+50 T€	Mit der Mittelerrhöhung soll die geplante behindertengerechte Wegeverbindung vom Altenheim/Kirchengelände zum EKZ am Brandenburgerplatz vorangetrieben werden, die lt. Verwaltung sonst erst nach 2014 begonnen werden könnte. Die Gesamtmaßnahme ist vorzuziehen.
19	5.55.100.4251.210100	Fuß-/Radweg Ostbahnhof/Scheidter Straße	+100 T€	Der zweite Bauabschnitt vom Ostbahnhof her bis Max-Braun-Straße soll ohne Verzögerung komplett vollendet werden können.
20	Neu	Pilotprojekt Graffiti-Entfernung	+150 T€	Dieser Betrag soll in 2011 für ein Pilotprojekt „Graffiti-Entfernung“ eingestellt werden. Mit einem privaten Malerbetrieb (Ausschreibung) soll eine Vereinbarung der Gestalt getroffen werden, dass dieses Unternehmen auf Anweisung der Stadt Graffiti-Schmierereien unmittelbar mittels Farbüberzug beseitigt. Damit können zumindest an allen öffentlichen städtischen Gebäuden, an Mauern, Brücken, etc. – wem auch immer diese gehören – schnell Schmierereien beseitigt werden.
21	1.33.100 / 5318001	Zuschuss ZAM	+9 T€	Zuschuss für Projekt „SeniorenArbeitsMalstatt“ der ZAM
22	Neu/Wiedereinstellung	Verkehrsführung An der Heringsmühle/Provinzialstraße in Fechingen		Maßnahme soll ab 2012 umgesetzt werden, die derzeitige Lösung ist nicht zielführend. Die immer noch bestehenden Verkehrsprobleme müssen gelöst werden.
23	Neu	Befestigung Kirmesplatz Schafbrücke	+20 T€	Planungsmittel. Wie vorgesehen, soll nach der Fertigstellung des Sportplatzes der Kirmesplatz erneuert werden. Ausführung ab 2012
24	1.51.110.0600	Verbindliche Bauleitplanung	+10 T€	Ansatzerrhöhung für Fortführung des BBP-Verfahrens „Mummelwies“ in Gersweiler
25	1.35.100 / 5318000	Zuschuss GABB	+2,8 T€	Anpassung an aktuelle Kosten
26	5.55.100.7038.210100	Grüne Ortsmitte Klarenthal		2012: + 230 T€ (Anpassung an Anmeldung Bezirksrat West)
27	1.33.100 / 5318000	Zuschuss Selbsthilfeeinrichtungen	+9,6 T€	Anpassung an erhöhtes Antragsvolumen
	Einsparvolumen		308,5 T€	

Änderungsliste der CDU-Fraktion zum Personalhaushalt/Stellenplan 2011

Anlage 1.3 (VWT/0088/11):

Seite 2: Planstellen-Nr. 61.0.61000.0030.1: Kw-Vermerk bleibt. Stattdessen soll eine derin den nächsten Jahren freiwerdenden Stellen der Wertigkeit E12 verwendet werden. Der kw-Vermerk war bereits Bestandteil früherer Haushaltsgenehmigungen.

Einsparung wird mittelfristig wirksam.

Seite 3: Planstellen-Nr. 61.0.61000.0005.1: Kw-Vermerk statt ku-Vermerk

Einsparung ab 2012 (laut KGSt): 38.000 € Personalkosten + 5.000 € Sachkosten

Anlage 1.4:

Seite 1: Stelle Fahrradbeauftragter: Wegfall

Einsparung ab 2011 (laut KGSt): 74.000 € Personalkosten + 10.000 € Sachkosten

Seite 1: StA 39, E 13 kw: Wegfall. Durch den Weggang eines Mitarbeiters aus dem StA 39 wird eine Stelle der Wertigkeit E 13 frei, Neuschaffung daher nicht erforderlich.

Einsparung ab 2011 (laut KGSt): 68.000 € Personalkosten + 10.000 € Sachkosten

Seite 1: Res., 2 Stellen E 8: Wegfall. Die Mitarbeiter sollen bis zum Freiwerden von Stellen der Wertigkeit E 8 befristet beschäftigt werden.

Einsparung ab 2011 (laut KGSt): 2 x 44.000 € = 88.000 € Personalkosten

Seite 1: NKRW, 4 Stellen E 5: Wegfall. Die Mitarbeiter sollen bis zum Freiwerden von Stellen der Wertigkeit E 5 weiter befristet beschäftigt werden.

Einsparung ab 2011 (laut KGSt): 4 x 39.000 € = 156.000 € Personalkosten

Anlage 2.1:

Seite 1: BvD, Planstellen-Nr. 91.0.40003.0002.1: Keinen kw-Vermerk anbringen.

Keine Schwächung der Bezirksverwaltung Dudweiler.

Finanzielle Auswirkung erst mittelfristig.

Stellenplan 2011:

Dezernat III

Planstellen-Nr. 03.0.00010.0002.1 (Beigeordneter, B 3): Anbringen eines kw-Vermerks
Laut Gutachten von Rödl & Partner können Dezernate eingespart werden. Nach dem Ausscheiden des Amtsinhabers soll daher die Stelle nicht mehr besetzt werden und das Dezernat aufgelöst werden.

Einsparung mittelfristig (laut KGSt): 121.000 € Personalkosten + 10.000 € Sachkosten

Planstellen-Nr. 03.0.00010.0047.1 (Dezernatssekretärin, E 9): kw-Vermerk

Einsparung mittelfristig (laut KGSt): 51.000 € Personalkosten + 10.000 € Sachkosten

Einsparung	2011	2012	2013	folgende Jahre
Personalkosten	386 T€	424 T€	484 T€	596 T€
Sachkosten	20 T€	25 T€	30 T€	45 T€
Summe	406 T€	449 T€	514 T€	641 T€